
Steiermark – Beispiel oder Ausnahme?

Herwig Hösele

Die steirischen Landtagswahlen vom 31. Mai 2015 fanden ein weit über das südöstlichste österreichische Bundesland hinausgehendes Interesse, weil ein ungewöhnliches Politikmodell einer reformfreudigen und vertrauensvollen Zusammenarbeit unter Verzicht auf Parteipolemik der beiden größten Parteien – SPÖ und ÖVP – sich dem Wählerurteil stellte. So ungewöhnlich wie diese Reformpartnerschaft waren auch Wahlausgang und Konsequenz daraus.

2010: Kooperation statt Konfrontation, Reform statt Stillstand

Ende September 2010 besiegelten die Spitzen der beiden größten Parteien der Steiermark, Franz Voves (SP) und Hermann Schützenhöfer (VP), damals 57 bzw. 58 Jahre alt, also nach langen Jahren vielfältiger politischer Erfahrung, einen Pakt für eine Reform- und Zukunftspartnerschaft für ihr Bundesland, die in den Jahren darauf national und international Aufsehen erregen sollte. Wenige Tage davor waren sie sich in einer Landtagswahl gegenübergestanden, bei der beide Parteien Verluste hinnehmen mussten, wobei die VP knapp an die SP herankam, die mit Voves 2005 nach 60 Jahren VP-Vorherrschaft den Landeshauptmann erobert hatte. In den Jahren 2005 bis 2010 lieferten sich die Voves-SP und die Schützenhöfer-VP ein Duell der Konfrontation und Lizitation, das einerseits Blockade in konstruktiver Politik, andererseits eine Explosion der Verschuldung des Bundeslandes bewirkte.

Im Herbst 2010 schworen beide Herren sich und ihre Parteien, die zusammen über 75,5% der Stimmen (38,3% SP, 37,2% VP) und mit 45 von 56 Mandaten eine bequeme Zweidrittelmehrheit im Landesparlament verfügten, auf einen Paradigmenwechsel ein: Kooperation statt Konfrontation, Reform statt Stillstand. Das Resultat konnte sich sowohl sachlich als auch stilistisch sehen lassen. Es wurde eine neue politische Kultur gepflegt und solange intern diskutiert, bis beide Parteien gemeinsam ohne Rücksicht auf ihre jeweilige Klientel die Reformen verkündeten. Voves und Schützenhöfer sprachen es nicht aus, aber klar war, sie wollten ein positives Gegenbild zu

der seit 2006 weitgehend glücklos agierenden und streitenden »großen Koalition« auf Bundesebene abgeben. Sie belebten damit in einer neuen Form das »steirische Klima« der Zusammenarbeit der ersten Nachkriegsjahrzehnte wieder und setzten ein Beispiel des gelebten »Reformföderalismus«, der die Eigenständigkeit der politischen Möglichkeiten eines Bundeslandes unterstreicht.

Der Applaus der Medien war ihnen sicher, sogar in der »Neuen Zürcher Zeitung« oder der »Frankfurter Allgemeinen« oder der »Zeit« wurde diese Haltung als vorbild- und modellhaft für Österreich bezeichnet. Weniger Applaus gab es parteiintern – das Projekt der Gemeindefunkturreform brachte viele Bürgermeister und Gemeindefunktionäre – überproportional in der VP – um ihren Job, die Ausgabenbremse im Sozialbereich führte natürlich zu vielen Verärgerungen in SP-nahen Kreisen.

Es wurden Dinge angegriffen, um die die Politik jahrzehntelang einen weiten Bogen gemacht hatte. Um die Glaubwürdigkeit der Sparpolitik zu unterstreichen, wurden zahlreiche Maßnahmen gesetzt, die zunächst Sparen bei Politik und Verwaltung bedeuteten:

- Der in die Jahre gekommene Proporz in der Landesregierung wurde abgeschafft – das heißt, seit der Landtagswahl 2015 sitzt nicht mehr automatisch jede Partei, die eine gewisse Stimmenstärke erreicht, in der Landesregierung, es gibt also eine freie Koalitionsbildung und weniger Regierungsmitglieder.
- Die Zahl der Landtagsabgeordneten wurde von 56 auf 48 verringert.
- Die Führungsfunktionen in der Landesverwaltung wurden halbiert.
- Mehrere Bezirkshauptmannschaften wurden zusammengelegt.
- 2015 wurde erstmals seit langem ein Nulldefizit im Landesbudget erreicht.
- Es gab Kostendämpfungen im Sozial- und Gesundheitsbereich.
- Die Zahl der steirischen Gemeinden wurde mit 1. Jänner 2015 von 542 zu Beginn der Legislaturperiode auf 287 (inkl. der Stadtgemeinde Graz) reduziert.

Die Opposition im Landtag – FPÖ (10,7%, 6 Mandate), Grüne (5,6%, 3 Mandate) und als steirisches Kuriosum die seit 2005 wieder im Landesparlament vertretenen Kommunisten (4,4%, 2 Mandate) übten massive Kritik, zahlreiche von der Zusammenlegung betroffene Gemeinden wandten sich an den Verfassungsgerichtshof.

2013: FP wird bei Nationalratswahlen in der Steiermark stärkste Partei

Und tatsächlich schien das Ergebnis der Nationalratswahlen 2013 den Reformskeptikern Recht zu geben. Führen SPÖ und ÖVP bundesweit Verluste von rund 4,5% ein und erreichten gemeinsam nur mehr 50,8% der Stimmen, so kamen sie in der Steiermark mit mehr als doppelt so starken Verlusten unter die Räder: Die ÖVP erhielt 20,94%, die SPÖ 23,83% der Stimmen, also in Summe knapp 45% . Die FPÖ wurde mit 24,05% stimmenstärkste Partei.

Erste Schnellschusskommentare lauteten: Die Bürger wollen keine Reformen, wobei steirische Spezifika übersehen wurden: In der Steiermark schnitt die Stronach-Partei mit 10 Prozent rund doppelt so gut ab wie im gesamten Bundesgebiet, was wohl der Tatsache geschuldet war, dass Magna in der Steiermark die meisten Arbeitsplätze schuf. Und das FPÖ-Ergebnis mit 24% war zwar eindrucksvoll, wurde aber von der Haider-FPÖ bei den Nationalratswahlen in der Steiermark 1999 mit 29,2% mehr

als getoppt. 2008 kamen Strache-FP und Haider-BZÖ in der Steiermark gemeinsam auf über 30,5%.

Und es gibt in der Steiermark traditionell die meisten Wechselwähler Österreichs. So erzielte die ÖVP in der Steiermark seit den 1970er Jahren bei Landtagswahlen meist über 10% mehr an Wählerstimmen als bei Nationalratswahlen, sogar bei den am selben Tag stattfindenden Landtags- und Nationalratswahlen im Dezember 1995 schnitt die steirische VP mit Landeshauptmann Josef Krainer um 6,7% besser ab als die Bundespartei mit Spitzenkandidat Wolfgang Schüssel. Dennoch gab Krainer am Wahlabend seinen Rücktritt bekannt.

Die Landeshauptstadt Graz mit ihren vier Universitäten und zwei Fachhochschulen und über 50.000 Studierenden ist überhaupt die Hochburg der Wechselwähler. Ist die VP bei den Gemeinderatswahlen seit 2003 und die SPÖ bei den Landtagswahlen seit 2005 voran, so hatten z.B. bei den EU-Wahlen 2014 die Grünen die Nase vorn. Von 1973–1983 regierte in Graz mit Alexander Götz ein FPÖ-Bürgermeister.

Zu Jahreswechsel 2014/15 gaben Umfrage-Institute folgende Prognosen für die Landtagswahl: SP 30–31%, VP 27–28%, FP 20–21%, Grüne 9–10%, Neos 5–6%, KP 3–5%, Stronach 1–2%.

Franz Voves hatte bereits im Herbst 2014 seine Wiederkandidatur bekanntgegeben, Hermann Schützenhöfer nach langem Überlegen knapp vor den steirischen Gemeinderatswahlen im März 2015. Gleichzeitig wurde eine Vorverlegung der Landtagswahlen von Herbst auf den 31. Mai 2015 beschlossen. Nun standen die Spitzenprotagonisten der steirischen Reformpartnerschaft tatsächlich am Prüfstand und sie machten in einer sehr kurzen Wahlbewegung – »Motto: Wir wollen unsere Arbeit fortsetzen, nicht wahlkämpfen« – klar, dass sie nach den Wahlen die Zusammenarbeit weiterführen wollten.

Davor standen noch am 22. März die steirischen Gemeinderatswahlen (mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz, die schon 2012 gewählt hatte: VP 33,7%, KP 19,9%, SP 15,3%, FP 13,8%, Grüne 12,5%) am Programm. Obwohl der Verfassungsgerichtshof alle Klagen gegen die Gemeindefusionen abgewiesen hatte, zitterten die Reformpartner dem Ergebnis entgegen. Tatsächlich schnitt die VP, deren Gemeinden die Hauptbetroffenen der Reform waren, mit 42,7% über Erwartungen gut ab (–4,1%), die SP verlor vor allem in ihren ehemaligen Hochburgen, den obersteirischen Industriegemeinden, stärker und landete mit einem Minus von 5,4% bei 31,6%. Die FP legte um 7,3% auf 13,9% deutlich zu, die anderen Parteien rangierten unter ferner liefen.

Dieses Gemeinderatswahlergebnis stärkte intern das Selbstvertrauen des VP-Anhangs, der zuvor aufgrund des gegebenen Landeshauptmann-Bonus bezüglich der Landtagswahlen ziemlich verunsichert war, während umgekehrt in der SP, die sich für ziemlich unangefochten in der Führungsposition sah, Skepsis einkehrte.

»Österreichs mutigste Politiker«

Voves und Schützenhöfer konnten auch im Wahlkampf auf viel Sympathie in den Medien bauen – das Nachrichtenmagazin »profil« titelte gar »Österreichs mutigste Politiker«, dennoch zeichnete sich eine von Woche zu Woche zunehmende österreichweite, wenn nicht gar europaweite europäische Grundströmung ab. Die hartnäckige Arbeitslosigkeit und der anschwellende Flüchtlingsstrom – für beides konn-

te die Politik auf keiner Ebene eine befriedigende Lösung anbieten – erzeugten ein Klima der Sorge und Angst.

Einen Vorgeschmack auf das mögliche Wahlergebnis gab die in der mit Abstand in der Steiermark auflagenstärksten »Kleinen Zeitung« am 10.5., also drei Wochen vor dem Wahltermin veröffentlichte OGM-Umfrage, die von einem sich abzeichnenden Dreikampf sprach und 30% für die SP, 28% VP, 24% FP, 7% Grüne, 6% KP ermittelte und die Neos und die Stronach-Leute als chancenlos ansah, in den Landtag einzuziehen.

OGM-Chef Wolfgang Bachmayer konstatierte überdies, dass die Aussage der Reformpartner, weiter gemeinsame Sache machen zu wollen, und der kurze Wahlkampf eher der FPÖ nützten. Viele Wähler, die prinzipiell die Reformpartnerschaft im Land Steiermark guthießen, konnten damit bequem ihrem allgemeinen Politfrust freien Lauf lassen, weil ihrer Erwartung nach dennoch ohnehin landespolitisch alles beim Alten bliebe.

Eine im »Kurier« publizierte OGM-Umfrage wenige Tage vor der Landtagswahl zeigte einen ähnlichen Trend, besagte aber auch, dass die FPÖ bei Nationalratswahlen in der Steiermark mit 30% die klare Nummer 1 wäre.

Franz Voves legte sich mehrfach – zuletzt am Vormittag des Wahltages – dezidiert darauf fest, dass er bei unter 30% als Landeshauptmann zurücktreten werde. Hermann Schützenhöfer wünschte sich auch 30%, vermied es aber, eine »Schmerzgrenze« zu nennen.

Landtagswahl bringt drei nahezu gleich starke Parteien

Der Wahltag brachte für die Reformpartner Rekordverluste – minus 9% für die SPÖ, minus 8,7% für die ÖVP – und einen gewaltigen Stimmenzuwachs der FPÖ. Die drei Parteien lagen im Abstand von nur mehr 2,5% auseinander, während die Distanz 2010 zwischen SPÖ und FPÖ noch mehr als das 10-fache, nämlich 27,6% betragen hatte. Es entfielen prozentuell auf die SPÖ 29,3%, VP 28,5%, FP 26,8%, Grüne 6,7%, KP 4,2%, Neos 2,6%, Stronach 1,7% und Piraten 0,2%. Der Mandatsstand lautete SP 15, VP und FP je 14, Grüne 3 und KP 2. Die Neos und Stronach schafften den Einzug in den Landtag nicht. Die Wahlbeteiligung sank erneut auf 67,9%. Die Nichtwähler waren daher wie schon 2010 die deutlich stärkste Gruppe vor der SP.

Das Ergebnis der am gleichen Tag abgehaltenen Landtagswahlen im Burgenland zeigte – abgeschwächt durch geringere Urbanität und Mobilität der Wähler Ähnliches: Minus 6,3% für die Landeshauptmann-Partei SPÖ, minus 5,5% für die ÖVP. Und die Wahltagsbefragung des Instituts SORA förderte zutage, dass Angst und Sorge um die Zukunft generell, speziell bezogen auf Migration und Asyl, Kriminalität und Arbeitsplätze die wichtigsten Themen für die FPÖ-Wähler waren. Der Chefredakteur der »Kleinen Zeitung«, Hubert Patterer, betonte daher in der zusammenfassenden Kommentierung etwa zwei Wochen nach dem Wahltag, dass es sich bei den Landtagswahlen weniger um eine landespolitische Entscheidung als eine »österreichweite Stimmungswahl« im Zusammenhang mit den vorhin genannten Themen handelte.

Voves und Schützenhöfer zeigten sich noch am Wahlabend trotz der schweren Verluste entschlossen, die Zusammenarbeit fortzusetzen. Immerhin hatten sie mit 58% der gültigen Stimmen um 13% mehr erreicht als SPÖ und ÖVP bei den Nationalrats-

wahlen in der Steiermark. Allerdings nagte der »bei unter 30% Rücktrittssager« von Voves sehr an seiner Glaubwürdigkeit. In der ÖVP bekamen die Stimmen Auftrieb, die für eine Koalition mit der FPÖ plädierten, um den Landeshauptmannsessel zurückzuerobern. Der Druck in Richtung VP-FP-Kooperation unter Ausschaltung der SP stieg noch deutlicher, als im Burgenland die SP mit der FP eine Koalition vereinbarte und die VP aus der Regierung drängte.

Trotz allem: Reformkurs wird mit LH Schützenhöfer fortgesetzt

Die Vorstellung, dass die SPÖ einen totalen Machtverlust erleiden, erstmals seit 1945 nicht mehr in der Landesregierung vertreten sein und damit etwa auch das Sozialressort verlieren könnte, veranlasste Franz Voves zu einem ungewöhnlichen Befreiungsschlag: Er schlug vor, dass Hermann Schützenhöfer, mit dem ihn durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit der letzten Jahre eine mittlerweile echte Männerfreundschaft verband, für die volle Legislaturperiode, also fünf Jahre, Landeshauptmann sein und dass sein 36-jähriger ehemaliger Sekretär Michael Schickhofer, der sich als Weizer Gemeinderat, Nationalrat und Landesrat erste politische Sporen verdient hatte, ein verjüngtes SP-Regierungsteam anführen sollte. Ein Kalkül von Voves dabei war sicher auch, dass Schützenhöfer, mittlerweile 63 Jahre alt, bei der nächsten Wahl nicht mehr kandidieren würde und daher den Landeshauptmann-Bonus nicht ausspielen könnte, während die junge SP-Mannschaft sich fünf Jahre profilieren könne. Die Voves-Entscheidung wurde SP-intern heftig kritisiert, aber letztlich von der Partei mit breiter Mehrheit abgesegnet, sodass VP und SP die »Koalition.Zukunft. Steiermark« schließen konnten und im Landtag bereits am 16. Juni die neue Landesregierung mit Schützenhöfer an der Spitze wählte.

Das Arbeitsprogramm der Landesregierung und ihre ersten Taten lassen eine Fortführung und Weiterentwicklung des Reformkurses erwarten, wobei gleichzeitig besondere Sensibilität gegenüber den Sorgen und Ängsten der Bürger versprochen wurde.

Dieses prinzipielle Kurshalten ist als ein hoffnungsvolles Signal dafür zu werten, dass verantwortungsvolle Politik trotz aller Widrigkeiten bereit ist, als notwendig erkannte Reformen durchzuführen. Dies ist nicht nur für die Steiermark, sondern für alle politischen Ebenen erforderlich und wünschenswert.